Axel Schildt

Nachwuchs für die Rebellion – die Schülerbewegung der späten 60er Jahre

„Deutschlands Schüler spielen verrückt. Von Flensburg bis zum Bodensee. Aufstand gegen die falsche Autorität. Rabatz. Revolution. Mao-Sprüche an der Schulmauer. Zeugnisverbrennungen. Flugblätter. Die Pille für alle. Boykott des Religionsunterrichtes. Die Lehrer schießen zurück. Mit unzulänglicher Munition: Nachsitzen, Strafarbeiten, schlechte Zensuren, blaue Briefe. Sitzenbleiben. Durchs-Abitur-fallen-lassen. Die Schüler wollen sich nicht mehr mit Selbstverwaltungs-Mätzchen und etwas Sexual-Kunde abpeisen lassen. Sie wollen das Schulsystem nicht reparieren, sondern ändern. Schule kaputt. Damit eines Tages auf unseren Schulen mündige Menschen ausgebildet werden. Für eine mündige Gesellschaft. Eine Million Schüler stehen im Aufstand. Eine Bewegung, die viel stärker und breiter ist als die Studentenbewegung.“¹

Diese reißerische Einleitung einer Titelgeschichte in der Ende der 60er Jahre vielgelesenen linken Zeitschrift „Konkret“ galt einem Teil der Protestbewegung, der zeitgenössisch einige, rückblickend hingegen nahezu überhaupt keine Beachtung gefunden hat. Während die Studentenrevolte der späten 60er Jahre mittlerweile in zahllosen semi-professionellen und seriösen zeitgeschichtlichen Studien, autobiographischen Rückblicken und anderen literarischen Erzeugnissen auch und gerade hinsichtlich generationeller Dimensionen gewürdigt worden ist, bleiben die jüngeren, meist männlichen Teilnehmer jener Protestbewegung, Gymnasiasten bzw. Oberschüler der Jahrgänge von etwa 1948 bis 1953, abgesehen von einigen beiläufigen Hinweisen, in der Zeitgeschichtsschreibung bisher nahezu vollkommen unbeachtet. Im Unterschied zur gelungenen Konstruktion einer „68er-Generation“ der Ende der 30er und in der ersten Hälfte der 40er Jahre Geborenen haben die nachfolgenden Alterskohorten keine generationelle Dignität erlangen können. Offenbar reicht es eben nicht aus, die Kriterien der klassischen Definition einer „Generationseinheit“ à la Mannheim zu erfüllen², die auf die

¹ Schule der Angst, in: Konkret 14 (November 1968) 11.

² Folgt man dem von Karl Mannheim in den 20er Jahren skizzierten Ansatz, so bedeutet die Zugehörigkeit zu einer Generation eine „verwandte Lagerung“ der „einander verwandten Geburtsjahrgängen“ angehörenden Individuen im „gesellschaftlich-historischen Lebensraume“, die sich in der Tendenz ähnlicher „Verhaltens-, Gefühls- und Denkweisen“ zeige. Allerdings genüge dafür noch nicht die chronologische Gleichzeitigkeit; der „Generations-

Schülerbewegung ebenso zutreffen wie auf die studentischen „68er“; hinzu kommt als Bedingung eine in die Öffentlichkeit wirkende Etablierung und Tradierung von Erinnerungs- und Erzählgemeinschaften – Karl Mannheim hat dies in seinem zentralen Aufsatz übrigens zumindest angedeutet, wenn er es als Phänomen des 20. Jahrhunderts bezeichnet, daß der „bewußtgewordene Generationenzusammenhang“ selbst zur Grundlage von „Generationseinheiten“ werden könne; die retrospektive, medial stilisierte Stiftung eines Generationenzusammenhangs als kommunikativer Prozeß scheint im Falle der „68er“ derart weitgehend gelungen, daß sie sogar als letzte abgrenzbare Generation fungieren. Alle seither konkurrierenden Konstrukte, etwa die „78er-“ oder „89er-Generation“, die von politisch interessierter Seite gegen die „68er“ ins Feld geführt wurden, entpuppten sich als publizistische Eintagsfliegen. Während aber in diesen Fällen immerhin die

zusammenhang“ werde erst durch die „Partizipation an den gemeinsamen Schicksalen“ der Generation gestiftet, wobei wiederum hinsichtlich der unterschiedlichen Verarbeitung zwischen verschiedenen (bei Mannheim politisch konnotierten) „Generationseinheiten“ zu unterscheiden sei. (*Karl Mannheim*, Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahresshefte für Soziologie 7 [1928] 157–185, 309–330); der Generations-Ansatz von Mannheim würde es also verbieten, eine bestimmte historische Phase einfach mit einer Generationskennzeichnung zu verbinden; vgl. dazu auch *Hans Jaeger*, Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: GG 3 (1977) 429–452; diesem Entwurf in etwa – selten explizit, sondern meist nur vage und unausgesprochen – folgend (vgl. die Rekonstruktion des Mannheimschen Ansatzes von *Helmut Fogt*, Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell [Opladen 1982; im folgenden zitiert: *Fogt*, Politische Generationen] 9–25; *Ulrich Herrmann*, Das Konzept der „Generation“. Ein Forschungs- und Erklärungsansatz für die Erziehungs- und Bildungssoziologie und die Historische Sozialisationsforschung, in: Neue Sammlung 27 [1987] 364–377; *Arne Stiksrud*, Jugend im Generationen-Kontext. Sozial- und entwicklungspsychologische Perspektiven [Opladen 1994]; Überlegungen zur zeitgeschichtlichen Operationalisierung bei *Claus Leggewie*, Generationsschichten und Erinnerungskulturen – Zur Historie der „alten“ Bundesrepublik, in: Tel Aviver Jahrbuch 28 [1999] 211–235) sind verschiedene Bezeichnungen für die Jugendgenerationen der Nachkriegszeit gefunden worden, die jeweils bestimmte zentrale Erfahrungsräume privilegieren: Der den Wiederaufbau „vielleicht faktisch“, wenn auch nicht „normativ“ prägenden „Flakhelfer-Generation“ der Jahrgänge 1926–1929 (*Heinz Bude*, Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation [Frankfurt a.M. 1987] 182; vgl. *Rolf Schörken*, Luftwaffenhelfer und Drittes Reich. Die Entstehung eines politischen Bewußtseins [Stuttgart 1984]; *Gabriele Rosenthal*, „... wenn alles in Scherben fällt ...“ Von Leben und Sinnwelt der Kriegsgeneration [Opladen 1987]; *Sibylle Hübner-Funk*, Loyalität und Verblendung. Hitlers Garanten der Zukunft als Träger der zweiten deutschen Demokratie [Potsdam 1998]; für die vorhergehende Generation der um 1920 Geborenen vgl. *Henry Ries*, Abschied meiner Generation [Berlin 1992]) ob ihrer desillusionierten Haltung zeitgenössisch als „schweigende“ (*Helmut Thielicke*, Die geistige Situation unserer Studenten, in: Universitas 10 [1955] 147–152; vgl. *ders.*, Kulturkritik der studentischen Rebellion [Tübingen 1969] 1) oder „skeptische“ (*Helmut Schelsky*, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend [Düsseldorf, Köln 1957]; der Begriff geht im übrigen auf Schelskys Verleger Eugen Diederichs zurück, der sich mit dem ursprünglichen Titel „Ohne-mich-Generation“ nicht anfreunden mochte; *Heinz Bude*, Bilanz der Nachfolge. Die Bundesrepublik und der Nationalsozialismus [Frankfurt a.M. 1982] 81) und später auch als „re-education-Generation“ apostrophiert, folgte demnach die „unbefangene Generation“ (*Viggo Graf Blücher*, Die Generation der Unbefangenen. Zur Soziologie der jungen Men-

Erfindung einer Generation als Negation von „1968“ einen – wenn auch nicht tragfähigen – Ansatzpunkt bot, verhält es sich mit den Alterskohorten der Schülerbewegung anders. Die Schüler waren ein Teil der Revolte von „1968“, aber eben nicht der wortführende, sondern ihr Nachwuchs, der die studentische Politik erst in den 70er Jahren bestimmte, als das linke jugendlich-akademische Zusammengehörigkeitsgefühl erbitterten fraktionellen Auseinandersetzungen gewichen war und die Massenmedien sich weitgehend vom Protestgeschehen abgewandt hatten – schlechte Zeiten für die Ausbildung einer „Generationseinheit“. Insofern soll mit dem folgenden Beitrag an eine Altersgruppe des bildungsbürgerlichen Nachwuchses erinnert werden, für die der Begriff der „Generation“ zwar zu hoch gegriffen erscheint, die aber in den Jahren des antiautoritären Protests durchaus eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat.

Zeitgenössische Flugblätter appellierten nicht zufällig in dieser oder anderer Reihung an „Studenten, Schüler, Arbeiter“, und der damalige Bundesinnenminister Ernst Benda (CDU) berichtete vor dem Deutschen Bundestag am 30. April 1968, unter den wegen der „Osterunruhen“ Beschuldigten befänden sich 286 Studenten und 92 Schüler³. Während die linke Schülerbewegung schon früh zum Beobachtungsobjekt der politischen Kommissariate und des Verfassungsschutzes avancierte, nahmen die für die politische Meinungsbildung des linksliberalen Spektrums maßgeblichen Taschenbuchverlage – Rowohlt, Fischer, Suhrkamp – 1968/69 mit hoher Auflage jeweils einen Titel zum „Kinderkreuzzug“ in ihr

schen heute [Düsseldorf, Köln 1966]), – die erste Generation, die nicht mehr vom NS-Regime politisch sozialisiert worden war und „deren Erinnerung nicht mehr durch die Nazi-periode und deren unmittelbare Folgen bestimmt“ wurde (Jürgen Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform [Frankfurt a.M. 1969] 169; hier bezogen auf die studierende Jugend der zweiten Hälfte der 60er Jahre). Bisweilen werden dabei allerdings zwei Generationen unterschieden, die um 1940 geborenen Kriegskinder und die um 1950 Geborenen, deren Kindheit „durch den Glauben an die Fortschrittlichkeit wachsenden Konsums“ geprägt worden sei (*Arbeitsgruppe „Wandel der Sozialisationsbedingungen seit dem Zweiten Weltkrieg“*, Was wir unter Sozialisationsgeschichte verstehen, in: Ulf Preuss-Lausitz u.a., Kriegskinder, Konsumkinder, Krisenkinder. Zur Sozialisationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg [Weinheim, Basel 1983] 11–25, Zitat: 13; zu einer differierenden Einteilung gelangt Fogt, Politische Generationen 127; dort werden die Geburtsjahrgänge 1934–1945 als Jugend in der „etablierten Adenauerzeit und ihrer Ablösung“, die nachfolgenden Jahrgänge 1945–1954 als Jugend der „Studenten- und Protestbewegung“ angesehen – was im Blick auf die 60er Jahre Zuordnungsprobleme ergeben würde, die Heinz Bude mit der Konzentration der Jahrgänge 1938–1948 als „68er“-Generation zu lösen versucht: *ders.*, Vom Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948 [Frankfurt a.M. 1995]; *ders.*, Der einzelne und seine Generation. Kriegskindheit und Jugendrevolte bei der 68er-Generation, in: Eine offene Geschichte. Zur kommunikativen Tradierung der nationalsozialistischen Vergangenheit, hrsg. v. Elisabeth Domansky, Harald Welzer [Tübingen 1999] 26–34).

³ Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach (Reinbek 1977) 76; vgl. als allgemeinen Hintergrund die – hinsichtlich der Schüler leider nicht spezifizierten – Konjunkturen von Jugendprotesten in der Bundesrepublik bei Dieter Rucht, Roland Roth, Weder Rebellion noch Anpassung: Jugendproteste in der Bundesrepublik 1950–1994, in: Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz?, hrsg. v. dens. (Opladen 2000) 283–304.

Programm auf⁴. So mager die Ausbeute an Rückblicken auf die Schülerbewegung bisher ist⁵, so hervorragend stellt sich die Quellenlage dar. Die staatlichen und privaten Archivbestände zur „Außerparlamentarischen Opposition“ bersten von Flugblättern, Broschüren und Schülerzeitungen, so daß aus arbeitspragmatischen Gründen im folgenden innerhalb der überregional angelegten Skizze für Beispiele in starkem Maße auf Hamburger Provenienzen zurückgegriffen werden soll. Dort befindet sich z. B. der einzige bereits abgegebene und geordnete Bestand an Sachakten des Verfassungsschutzes zur linken Schülerbewegung. Für die Möglichkeit, die Quellen ausführlich zu Wort kommen zu lassen, muß allerdings eine Konzentration auf großstädtische Zusammenhänge in Kauf genommen werden, während Ungleichzeitigkeiten und die wichtige Rolle der Schülerbewegung für die Ausweitung der Revolte in der Provinz und in Orten ohne Hochschulen nicht systematisch berücksichtigt werden können. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang nur auf Peter Zadeks Film „Ich bin ein Elephant, Madame“ (1968), in dem ein vormaliger Pennäler, der nun in einer anderen Stadt studiert, mit einem Jeep, eine daran befestigte rote Fahne im Fahrtwind wehend, nach Bremen zurückkehrt und den Geist der Rebellion unter den Schülern entzündet⁶.

⁴ Kinderkreuzzug oder Beginnt die Revolution in den Schulen?, hrsg. v. Günter Amendt, (rororo-aktuell 1153, Reinbek 1968); im folgenden zitiert: Amendt (Hrsg.), Kinderkreuzzug; abgesehen vom Herausgeber (Jg. 1939) gehörten die sechs Autoren, die aus der Schülerbewegung stammten, den Jahrgängen 1948–1951 an; Hans-Jürgen Haug, Hubert Maessen, Was wollen die Schüler? Politik im Klassenzimmer (Fischer Bücherei Informationen zur Zeit, Frankfurt a. M. 1969); im folgenden zitiert: Haug, Maessen, Was wollen die Schüler?; dort, 51 f., auch Hinweise zur polizeilichen Beobachtung; die beiden Autoren (Jg. 1946 und 1947) hatten der Schülerbewegung angehört; Manfred Liebel, Franz Wellendorf, Schülerselbstbefreiung. Voraussetzungen und Chancen der Schülerrebellion (edition suhrkamp 336, Frankfurt a. M. 1969); im folgenden zitiert: Liebel, Wellendorf, Schülerselbstbefreiung; die Autoren (Jg. 1940 bzw. 1935) waren als Erziehungswissenschaftler am Pädagogischen Zentrum Berlin tätig; wie auch in den zuvor genannten Bänden finden sich hier programmatische Dokumente der Schülerbewegung; vgl. ferner Kuno Barth, Die Revolutionierung der Schüler – Hintergründe, Ziele, Abwehr (Mannheim o. J. [Ende 1969]); im folgenden zitiert: Barth, Revolutionierung; wie der Untertitel andeutet, huldigte diese durchaus informative Schrift eines Mannheimer Betriebswirtschaftlers einer eher konservativen Tendenz.

⁵ Vgl. bisher lediglich Ulrike Heider, Schülerprotest in der Bundesrepublik Deutschland (Frankfurt a. M. 1984); im folgenden zitiert: Heider, Schülerprotest; hier wird folgendermaßen periodisiert: Entstehung der Schülerbewegung vor 1967; Schülerrevolte 1967 bis 1969/70; Dogmatisierungsphase 1969 bis 1973; partielles Wiederaufleben einer antiautoritären Schülerbewegung im Zuge der Sponti-Bewegung (ebd. 8); Heider verzichtet auf die Auswertung von AUSS-Materialien, da die Avantgarde nicht das Bewußtsein der Basis spiegle, und zieht lediglich einige Schülerzeitungen der nordhessischen Region heran.

⁶ In alltags- und lokalgeschichtlicher Perspektive sind hier interessante Entwicklungen zu entdecken, wie einige Arbeiten im Rahmen des Schülerwettbewerbs der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten zum Rahmenthema „Protest“ (1999/2000) gezeigt haben; vgl. Axel Schildt, Knabbern am Mythos – das Thema 1968 im Blick der Wettbewerbsteilnehmer, in: Spuren suchen. Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 13 (1999) 48–53; nicht zuletzt eine intensive Auswertung von Schularchiven und der ca. 1200 bis 1400 Schüler- und Schulzeitungen Ende der 60er Jahre wäre interessant.

Die archivalischen Quellen legen es außerdem nahe, der Darstellung ein organisationsgeschichtliches Gerüst zu geben. Fokus ist das in Frankfurt gegründete Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler (AUSS), dessen lokale Gruppen unter dieser oder ähnlichen Bezeichnungen agitierten. Mit diesem Herangehen wird eine gewisse Korrektur der aktuell dominierenden Tendenz einer „nachträglichen Verflüssigung des harten politischen Kerns“ der Revolte in diffuse kulturelle „Generationsstile“ angestrebt⁷. Ebenso wie niemand die Antriebskräfte und Motive der jugendlichen Rebellion allein aus der Exegese von Flugblättern und Broschüren entschlüsseln könnte, wäre es angesichts des engen Zusammenhangs von Privatem und Politischem in der Wahrnehmung der aktivistischen Zeitgenossen defizitär, solche Zeugnisse als unwesentlich zu ignorieren. In den Äußerungen (und den nicht kommunizierten Themen) der nur locker und „basisnah“ organisierten Schülerbewegung – Mitgliedsausweise etwa gab es in den wenigsten Orten –, in den Antworten schulischer Instanzen und in publizistischen Reaktionen werden Zusammenhänge von Jugendkultur und Politik durchaus deutlich.

1. Anfänge der linken Schülerbewegung

Die Revolte an den Schulen kam ebenso überraschend wie an den Universitäten, obwohl einige Bildungsexperten schon lange zuvor hartnäckig darauf verwiesen hatten, daß ein erheblicher Demokratisierungsbedarf vorläge. Der Hamburger Landesschulrat Neckel beklagte in einer Rede Mitte 1965: „In der deutschen Schule müssen am Ende der Stunde alle einer Meinung, nämlich der des Lehrers, sein. ... Seit 1948 ist die Demokratisierung der Bundesrepublik erstaunlich weit gekommen – nur nicht in der Schule. Ihr System, ihre Inhalte, ihre Arbeitsweisen sind autokratisch-patriarchalisch wie 1913.“⁸ Auch der Hamburger Bürgermeister Herbert Weichmann warnte in einer Festrede zum 15jährigen Bestehen des Hamburger Schülerparlaments – ähnliche Gremien gab es auch in anderen Bundesländern –, vor „Untertanenmentalität“ und „Untertanengesinnung“. Allerdings war bei ihm nicht von den Interessen der Schüler oder von Konfliktaustragung die Rede; der „demokratische Geist“, den es zu fördern gelte, sollte sich „zum Beispiel an der Durchführung von Veranstaltungen am ‚Tag der deutschen Einheit‘“ oder in der „Betreuung von Rentnern aus der Ostzone“ bewähren⁹. Aufrufe „von oben“ nach stärkerem politischen Engagement zielten meist auf

⁷ Andreas Schulz, Individuum und Generation – Identitätsbildung im 19. und 20. Jahrhundert, in: GWU 52 (2001) 408–414, Zitate: 413.

⁸ Landesschulrat Wolfgang Neckel in der Universität Hamburg, 14. 6. 1965, in: Staatsarchiv Hamburg (im folgenden abgekürzt: StAHH), Sammlung Uwe Schmidt, Schülermitverantwortung (SMV) 1950–1967.

⁹ Bürgermeister Professor Dr. Herbert Weichmann, Jugend und Demokratie. Rede anlässlich des 15jährigen Bestehens des Hamburger Schülerparlaments am 13. Juni 1966 im Plenarsaal der Hamburger Bürgerschaft, hrsg. v. der Schulbehörde Hamburg (Hamburg 1966) 3, 4, 8.

derartige staatsbürgerliche Aktivitäten und verursachten ein nur schwaches Echo. Eine schmale Schicht von Schülerfunktionären, die zum Teil wiederum in den Jugendorganisationen der Parteien mitarbeiteten, bemühte sich in der Schülermitverantwortung (SMV)¹⁰ oder der einzigen intakten überregionalen Organisation, dem Politischen Arbeitskreis Oberschulen (PAO), um Themen staatsbürgerlicher Bildung. Auf den Seminaren des PAO referierten immerhin schon in der ersten Hälfte der 60er Jahre bisweilen Vertreter linkssozialistischer oder pazifistischer Gruppierungen. Typisch für das dort vorherrschende Bewußtsein dürfte allerdings eher ein Bericht über eine PAO-Studienfahrt in das westliche Ausland 1966 sein, der von Brigitte Seebacher verfaßt und bereits zwei Jahre später nur noch in karikierender Absicht zitiert wurde: „Die große Bedeutung des Weines im Südwesten Frankreichs lernten wir im übrigen nicht nur auf den Empfängen kennen, sondern vor allem auf einer Fahrt in eines der großen Weinanbaugebiete von Bordeaux. In der Tat steht und fällt die Wirtschaftskraft und damit die Lebensfähigkeit der Stadt mit dem Weinexport.“¹¹ Eine Durchsicht der Schülerzeitungen bestätigt den Befund: Bis 1966 mag es zwar einige Unzufriedenheit über und an den Schulen gegeben haben, aber keine politisch motivierte Unruhe.

Im Herbst jenes Jahres ergriff dann in West-Berlin erstmals ein Kreis von Gymnasiasten die Initiative und lud Gleichaltrige, die als Aktivisten bei den Falken, Jungsozialisten oder vom Ostermarsch her bekannt waren, zur Gründung einer Schülerorganisation ein. Von 100 Angeschriebenen kamen allerdings nur fünf. Am 2. Februar 1967 schließlich gelang mit organisatorischer Hilfe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und unter maßgeblicher Beteiligung des Berufsschülers Michael Lukasik und des Gymnasiasten Peter Brandt die Gründung einer Unabhängigen Schülergruppe, die mit einem vor etlichen Schulen verteilten Flugblatt für einige Aufmerksamkeit in der städtischen Öffentlichkeit sorgte; darin waren Lehrer beschuldigt worden, „sie mißbrauch(t)en ihre Autorität“, und die SMV sei „ein Teil der Schulbürokratie geworden“¹².

Zur gleichen Zeit startete der SDS-Bundesvorstand eine Initiative, einzelne Schüler, die in den studentischen Gruppen mitarbeiteten, und einige Schülerarbeitskreise, die von Mitgliedern des SDS unterstützt wurden, in einem Dachverband zusammenzufassen¹³. Zugrunde lag folgende Überlegung: „Die Schüler in unserer Gesellschaft sind eine unverhältnismäßig rechtlose, unterdrückte und von

¹⁰ Vgl. einführend *Peter A. Döhring, Sibylle Schneider*, Der Schüler als Staatsbürger – Eine Bibliographie zu SMV und Schülerpresse (Frankfurt a.M. 1967); eine Dokumentation der rechtlichen Rahmenbedingungen bietet *Diedrich Hinrichs*, SMV im Umbruch. Schülermitverantwortung – Schülermitverwaltung – Schülervertretung – Schülermitbestimmung (Hannover u.a. 1969); zur Kritik der SMV in der schulpädagogischen Literatur *Antonius Holtmann, Sibylle Reinhardt*, Schülermitverantwortung (SMV). Geschichte und Ende einer Ideologie (Weinheim u.a. 1971) insbesondere 97 ff.

¹¹ Zit. nach *Haug, Maessen*, Was wollen die Schüler? 17 f.

¹² Ebd. 18, 21.

¹³ Zit. wird im folgenden aus einem Papier des SDS-Bundesvorstandes „Zur Gründung einer sozialistischen Schülerorganisation“ vom 26. 2. 1967, in: StAHH, Sammlung Uwe Schmidt, Politische Schülerbewegung 1968.

undemokratischen Instanzen abhängige Gruppe.“ Die Erziehungsinstitutionen bezögen „ihre Prinzipien und ihre Legitimität aus vorkapitalistischen Epochen; autoritär und feudalistisch sind sie heute noch“. Zwar verfügten die Schüler mittlerweile über ein höheres Maß an Freiheit. „Aber wie ihre gewachsene Freiheit in bestimmter Weise nur der Ausdruck ihres ökonomischen Avancierens zur selbstständigen Konsumentenschicht ‚Teenager‘ ist, so ist analog auch die gesellschaftliche Kontrolle, in die sie einbezogen werden, gewachsen. Diese gesellschaftliche Kontrolle wird heute von den vielfältigen Sozialisationsagenten unmittelbarer denn je als Anpassung der Jugendlichen an den ökonomischen und ideologischen Formierungsprozeß in unserer Gesellschaft ausgeübt.“ Mit der im SDS dominierenden kritischen Sicht auf die übermächtige gesellschaftliche Manipulation korrespondierte der bei Theoretikern wie Herbert Marcuse entlehnte strategische Ansatz, demzufolge nicht mehr das Proletariat, sondern die noch nicht in das „System“ voll integrierten Angehörigen der Intelligenz das revolutionäre Subjekt konstituierten, beginnend „bei den Schülern, bei denen objektive Unterdrückung und die Identifikation mit den unterdrückenden Instanzen noch nicht voll zur Deckung gekommen sind“. In diesem Sinne wurde von „politisch und individuell-unpolitisch oppositionellen Schülern“ gesprochen, deren Zahl ständig wachse, eine Formulierung, die nahelegte, daß das im Schulalltag vielfach vorfindliche „Unbehagen“, das sich etwa im Kreidewerfen oder „Anbrennen von Toilettenrollen etc.“ zeige, „lediglich einen Formwandel“ erfahren müsse, um zur „allgemeinen Kritik am System – geäußert in der Schule“ – zu werden¹⁴.

In den ersten Monaten des Jahres 1967 wurden weitere Gruppen sozialistischer Schüler gegründet, vor allem in Hochschulorten wie Göttingen, Darmstadt, Köln oder Frankfurt a.M. Am 27. Februar kamen dort im Walter-Kolp-Studentenheim ca. 40 Schüler aus 15 Städten zusammen und gründeten das Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler (AUSS)¹⁵, wählten einen kommissarischen Vorstand und riefen mit einem in den folgenden Wochen überregional verteilten Flugblatt (Auflage: 40000) zu einem Schülerkongreß und einer ersten Delegiertenkonferenz auf, die am 17. (damals noch Feiertag) und 18. Juni 1967 wiederum in Frankfurt stattfinden sollte. Das Flugblatt – es trug die Überschrift „Es gibt Schüler, die machen jetzt nicht mehr mit!“ – wiederholte die in den internen SDS-Materialien bereits enthaltenen Anklagen gegen Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Schüler durch Schule und Elternhaus und die Forderungen nach „Mitbestimmung in allen die Schüler betreffenden Angelegenheiten, in Zeugnis- und Versetzungskonferenzen – in der Fächerbewertung, der Lehrplangestaltung und Lehrmittelauswahl (Deutsch- und Gemeinschaftskundeunterricht)“. Die Schule habe „an erster Stelle Denkmethode zu vermitteln statt Abfragewissen einzupauken“: Gefordert wurde der „Ausbau des Kurs-Unterrichts und die Einschrän-

¹⁴ Ezra Gerhardt, Über die Praxis der Schülerbewegung, in: Amendt (Hrsg.), Kinderkreuzzug 70–89 (im folgenden zitiert: Gerhardt, Über die Praxis), Zitat: 75.

¹⁵ Eine interne Liste vom März 1967 nennt 20 organisierte oder im Aufbau befindliche Gruppen; StAHH, 136–3 (Landesamt für Verfassungsschutz) 455, Bl. 434010–434011.

kung der Pflichtfächer; Philosophie und Soziologie als vollbewertete Unterrichtsfächer; Sexualkunde, die sich nicht auf biologische Fakten beschränkt (...), ständige Diskussion tagespolitischer und gesellschaftspolitischer Probleme wie Notstandsgesetzgebung, Vietnamkrieg usw.; Nicht-Einmischung der Schule in die Privatangelegenheiten der Schüler! Freiheit der politischen Organisation der Schüler an den Schulen!“¹⁶

Eine Begründung für die Namensgebung enthielt dieses Flugblatt nicht. Während die Kennzeichnung „unabhängig“, die sich bei allen örtlichen Gruppen fand, die 1967 gegründet wurden, auf die Distanz zu allen schulischen und politischen Instanzen (abgesehen vom SDS als großem Bruder) hindeuten sollte, war man sich hinsichtlich der Charakterisierung als „sozialistisch“ offenbar nicht einig. In einer knappen Skizze, die vor dem Gründungskongreß an interessierte Schüler geschickt wurde, hieß es: „Viele von uns sind der Ansicht, daß sich unsere Forderungen konsequent nur als sozialistische vertreten lassen. Denn man kann nicht in einer undemokratischen Gesellschaft demokratische Teilreformen erstreben, ohne diese Forderungen und Reformen mit einer weiteren politischen Perspektive der Veränderung der gesamten Gesellschaft zu verbinden“; allerdings bestimme jede örtliche Gruppe „ihren Namen selbst“¹⁷. Hinter dieser Flexibilität bei der Namensgebung stand zum einen die Zuversicht, daß die lokalen Gruppen im Laufe antiautoritärer Lernprozesse zu sozialistischen Einsichten gelangen würden, so daß es ausreiche, die große Perspektive bei der Namensgebung des Dachverbandes anzuzeigen; zum anderen aber artikulierte sich unter den Schülern – wie im SDS – eine kommunistisch beeinflusste Minorität vor allem aus Ruhrgebietsstädten, die fürchtete, mit einer solchen Offenlegung den Erfolg einer Volksfront zu behindern und deshalb den Namen „Unabhängiger Demokratischer Schülerbund“ vorschlug¹⁸. Auch im „Grundsatzreferat über das AUSS“, das der Göttinger Schüler Reinhard Kahl auf dem Gründungskongreß hielt, kam der Sozialismus nicht vor; es gipfelte vielmehr in der Parole: „Für demokratische Schulen einer demokratischen Gesellschaft“¹⁹.

Der Kongreß, überwiegend vom SDS finanziert, war mit über 800 Schülern, die sich in einem Hörsaal der Frankfurter Universität einfanden, sehr gut besucht. Einleitende Referate hielten die Berliner Pädagogen und Soziologen Wolfgang C. Müller, Erwin Reichwein und Sebastian Herkommer; verlesen wurden danach

¹⁶ Ebd. Bl. 433992; auch abgedruckt in: *Amendt* (Hrsg.), *Kinderkreuzzug* 77 f.; *Haug, Maessen*, Was wollen die Schüler? 34 f.

¹⁷ Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler: Informationen über das AUSS (März 1967), in: StAHH, 136–3, 455, Bl. 434001–434009, hier Bl. 434006 f.

¹⁸ *Wilfried Eick*, Die organisierte Schülerrebellion – Ziele und Methoden radikaler Schüler- und Jugendorganisationen, in: *ders.* u. a., *Radikalisierungs- und Demokratisierungstendenzen in der Schule*. Gemeinsam hrsg. v. der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung und der Karl-Arnold-Bildungsstätte e.V. (o. O. 1971) 7–13 (im folgenden zitiert: *Eick* u. a., *Radikalisierungs- und Demokratisierungstendenzen*), in: Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (im folgenden abgekürzt: HIS), SBe (Soziale Bewegungen) 635, Box 01, F:46.

¹⁹ Zit. nach *Haug, Maessen*, Was wollen die Schüler? 48.

Glückwunschtelegramme der IG Metall, der Internationale der Kriegsdienstgegnern, der Kampagne für Abrüstung und von Ernst Bloch. Dieser hatte geschrieben: „Bin mit dem AUSS durchaus einverstanden. Habe noch zureichende Erinnerungen an die furchtbare Schulzeit. So lange diese auch her ist, hier gibt es, wie ihr erbittertes Vorhaben zeigt, eine Wiederkehr des Gleichen. Das endlich bestandene Abitur war damals die Befreiung aus dem Zuchthaus – <vor uns den Tag und hinter uns die Nacht>. Ihrem Aufbegehren am 18. Juni meine Grüße und Besenwünsche kontra viel unausgestorbenen Unrat.“²⁰

Der Kongreß fand in einer dramatisch gewandelten gesellschaftlichen Atmosphäre statt. Zwei Wochen zuvor, am 2. Juni 1967, war in West-Berlin Benno Ohnesorg erschossen worden, und in zahlreichen Städten gingen auch Schüler auf die Straße, in Darmstadt 500, in Göttingen 1000; die Zeitungen schrieben erstmals von „Schüler- und Studentendemonstrationen“²¹. Aggressive Attacken, wie sie die Springer-Presse gegen die Studenten ritt, gab es allerdings gegen die Schüler noch nicht; eher schwang eine Art von Resignation angesichts der Zeiten mit, wenn es in der „Welt“ hieß: „Die Politisierung auch der Schule hat begonnen“²², oder im „Hamburger Abendblatt“ festgestellt wurde: „Die deutschen Schüler sind aufgewacht. Sie wollen heraus aus dem subalternen Pennälerdasein, das durch ein jahrhundertealtes autoritäres Schulsystem bestimmt wurde.“²³ Ein wohlmeinender Artikel in der „Zeit“ über die „rebellische Schülerschaft, etwa 35 Jungen und ein Dutzend Mädchen“ des Hamburger AUSS, vermittelte folgenden Eindruck:

„Unter den Bildern von Marx, Lenin, Mao, Che und angesichts wandfüllender Plakate mit paradiierenden Rotarmisten üben sich die Fünfzehn- bis Neunzehnjährigen in der Diskussion. Sie reden sich die Köpfe heiß; aber sie schwatzen nicht durcheinander. ... Doch hier, in dieser Gegen-Schulstunde, macht sich weder Fanatismus breit, noch kriecht gequälte Verbohrtheit in die Auseinandersetzung. Nur das spürt man sofort: Die AUSS-Kinder lassen sich nichts gefallen, was auch nur den leisesten Verdacht von Täuschung in sich birgt. Sie kennen sich schon aus in den Ungereimtheiten und Schwächen der anderen. Sie sind „links“, und sie wollen beweisen, daß sie recht haben.“²⁴

Aus den vielfältigen Forderungen, wie sie im Gründungsflugblatt des AUSS genannt worden waren, kristallisierten sich vor allem zwei zentrale Themenkomplexe heraus: Demokratisierung der Schule und Mitbestimmung der Schüler sowie Sexualaufklärung und diesbezügliche Freizügigkeit. Von diesen Punkten aus gelangte man jeweils zu einem Nebeneinander radikaler Anklage der Gesellschaft,

²⁰ Zit. nach ebd. 40; theoretische Hilfestellung erhielten Gruppen des AUSS an manchen Hochschulorten von Professoren, etwa von Hartmut von Hentig und Hans Paul Bahrdt in Göttingen (ebd. 53); vgl. zu den intellektuellen Unterstützern der linken Schülerbewegung auch Barth, Revolutionierung 127 ff.

²¹ Ebd. 35.

²² Die Welt vom 3. 7. 1967.

²³ Auch Schüler fordern „Demokratisierung“, in: Hamburger Abendblatt vom 17./18. 2. 1968.

²⁴ Gisela Stelly, Ihr Klassenfeind sind die Erwachsenen. AUSS, die anderen und die Lehrer, in: Die Zeit 17 vom 28. 4. 1968.

vagen Sozialismusvorstellungen und mehr oder minder konkreten Forderungen zur Gestaltung der Schule. So schlug die Unabhängige Schülergruppe Hamburg in einem zweiseitigen Rundschreiben an alle AUSS-Gruppen einen großen Bogen von der Kritik der SMV, die über die Veranstaltung von Schulfesten und Tanzveranstaltungen hinaus aktuelle politische Diskussionen organisieren müsse, über die Aufgabenbestimmung der Schule bis zu einer „Definition über den Sozialismus“ – die nicht mehr enthielt als einige Sätze über die Auffassungen von Marx und Engels, wie sie wenig später jedes Schulbuch für Geschichte auf der Mittelstufe enthalten sollte²⁵.

Die Kritik der SMV war ein Kernpunkt der Strategie des AUSS, ließ sich doch an ihr vorzüglich ein Element von scheinbarer Mitbestimmung als manipulatives Scheinzugeständnis der Herrschenden entlarven, und dies nicht einmal zu Unrecht, denn die Bildungspolitikern maßten der SMV tatsächlich die Funktion einer Einübung formaler Spielregeln des Zusammenlebens, nicht aber der Interessenvertretung der Schüler auch in Konfliktfällen zu. Im Beschluß der Kultusministerkonferenz von 1964, in der Begriffe wie „Demokratie“ oder „Mitbestimmung“ nicht vorkommen, wird dies sehr deutlich: „Staatsbürgerliches Bewußtsein wird durch den Unterricht und durch das Leben in einer gut gefügten Gemeinschaft geschaffen ... regt an, Pflichten für die Gemeinschaft zu übernehmen ... Die Tätigkeit in der Schülermitverantwortung ... übt die Anwendung kooperativer Spielregeln, gibt Gelegenheit zum Handeln in einer gewissen schulischen Öffentlichkeit.“²⁶ Auch politisches Engagement, etwa im Rahmen des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“, ließ sich damit nicht nur verbinden, sondern war ausdrücklich erwünscht, wenn es der offiziösen antikommunistischen Staatsideologie entsprach²⁷. Dieses harmonistische SMV-Modell, das seit der Gründung der Bundesrepublik bestanden hatte, wurde vom AUSS in einer Resolution auf dem Gründungskongreß radikal kritisiert: Die SMV entspreche „in ihren Inhalten der Stellung des Jugendlichen in unserer Gesellschaft“, es würden damit „Interessenkonflikte negiert oder verschleiert“ und „die Abschaffung der Institution SMV würde die gegenwärtige Schulwirklichkeit nicht verändern, aber entlarven“²⁸. Die von manchen Erziehungswissenschaftlern geteilte vernichtende Kritik der SMV²⁹ als „Sandkastenspiel“, als „Schülermilchtütenverteilung“ oder „Spielzeug der Schulbehörde“³⁰ blieb nicht ohne Wirkung. Während ältere SMV-Funktionäre beleidigt reagierten und das offiziöse SMV-Organ „Wir machen mit“ das AUSS

²⁵ USG Hamburg an alle Gruppen des AUSS und an den Bundesvorstand des AUSS, 1. 10. 1967, in: StAHH, 136–3, 480, Bl. 440981–440983.

²⁶ Beschluß der Kultusministerkonferenz über die SMV, in: Mitteilungsblatt der Schulbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg vom Februar 1964, in: StAHH, Sammlung Uwe Schmidt, Schülermitverantwortung (SMV) 1950–1967.

²⁷ Vgl. Beispiele in *Haug, Maessen*, Was wollen die Schüler 127 ff.

²⁸ AUSS: Beschlüsse der ersten Delegiertenkonferenz der unabhängigen und sozialistischen Schülergruppen am 17. Juni 1967 in Frankfurt a.M., in: StAHH, 136–3, 455, Bl. 434012.

²⁹ Vgl. Hinweise zur Literatur in *Liebel, Wellendorf*, Schülerselbstbefreiung 73 ff.

³⁰ Flugblatt der USG Hamburg „Schüler aller Schulen, vereinigt Euch!“, Mai 1968, in: StAHH, 136–3, 480, Bl. 440990.

als linksextremistische Minderheit zu stigmatisieren suchte, wurde die Kritik zunehmend auch innerhalb der Schülerparlamente laut; das AUSS hatte nicht zum Boykott der SMV-Gremien aufgerufen, sondern zu deren Umfunktionierung im Konflikt mit Schulleitungen und -behörden. Und da die engagiertesten Schüler sich allgemein nach links wandten, wandelte sich nun die SMV selbst an vielen Orten zum organisierenden Zentrum der Forderungen nach Mitbestimmung. Dies klang bisweilen noch sehr harmlos. So verlangte etwa der Hamburger Landesschulsprecher Hans Nagel im Anschluß an eine bittere Analyse der Erziehung zur „Autoritätsabhängigkeit“ die Aufhebung des Alkoholverbots auf Schulfesten, die Genehmigung zum Rauchen für Schüler über 16 Jahren und den Verkauf von Fruchtsäften in den Pausen. „Die dem Parlament beigeordneten Verbindungslehrer konnten sich aus Verfahrensgründen nicht an der Debatte beteiligen. Sie saßen in der ersten Reihe, rangen die Hände und schüttelten den Kopf.“³¹

Auch die Schulleiter mußten nun immer häufiger mit dem Kopf schütteln. Auf den Schwarzen Brettern mit SMV-Nachrichten, die es in den Schulen gewöhnlich gab, fanden sie zunehmend Kritiken an Ungerechtigkeiten des Schulalltags, aber auch Aufrufe zu politischem Protest gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam oder gegen die geplanten Notstandsgesetze, und viele Schülerzeitungen wandelten sich in Monatsfrist von braven Blättchen mit launigen Berichten über Schulfeste und Sportwettkämpfe zu politischen Organen der linken Schülerbewegung³², die immer stärkeren Zulauf erhielt. Die Zahl der AUSS-Gruppen – allerdings fast ausschließlich an Gymnasien – verdoppelte sich von Juni bis Oktober 1967 auf 46 mit ca. 2000 Mitgliedern³³.

³¹ Schülerparlament: Radikaler sein!, in: Hamburger Abendblatt vom 11. 12. 1967; in einigen sozialdemokratisch regierten Bundesländern stellten sich die Schulbehörden in dieser Situation mit neuen SMV-Erlassen oder Entwürfen dazu sogar auf die Seite der Schüler und riskierten den Konflikt mit Lehrerverbänden, Elterngremien und konservativer Presse; vgl. etwa den Konflikt um einen neuen SMV-Erlass in Hamburg Anfang 1968; vielfältiges Material in StAAHH, Sammlung Uwe Schmidt, Politische Schülerbewegung 1968.

³² Vgl. zu diesem Wandel die umfassende Erhebung über den Zeitraum 1967/68: Schüler und ihre Presse, hrsg. v. Jan-Peter Hintz, Detlef Lange (Berlin 1969); 1 111 Schülerzeitungen waren angeschrieben, 689 Antworten ausgewertet worden; bei der Frage „Welche würden Sie für die wichtigsten idealsten Ziele einer Schülerzeitschrift halten?“ wurde mit 76,7% (bei Möglichkeit von Mehrfachnennungen) am häufigsten die Aussage angekreuzt: „Politisches Denken anregen“ (ebd. 87); am häufigsten behandelt wurde dieser Erhebung zufolge das Thema „Forderungen der Studenten“ (in 39,1% aller Schülerzeitungen), dahinter folgten Artikel zur NPD und zur Bundeswehr (ebd. 92); vgl. Herbert Schmelz, Soziologische Inhaltsanalyse von Schul- und Schülerzeitungen (Frankfurt a.M. 1968); Wolfgang Schwerbrock, Schülerpresse heute und in der Weimarer Zeit (Düsseldorf, Wien 1969); Angaben zum Inhalt von Schülerzeitungen in den folgenden Jahren vgl. in Frithjof Rendtel, Politische Bildung durch die Schülerpresse. Wandlungen von 1969 auf 1976 (München 1979); Joachim Hofmann-Göttig, Politik und Schülerpresse (München 1982); Andreas Beutin, Schülerprotest und Schülerzeitungen in der ‚68er Bewegung‘, Staatsexamensarbeit im Fach Geschichte (Hamburg 1998).

³³ Vgl. Rechenschaftsbericht des AUSS-Bundesvorstands auf der 2. Delegiertenkonferenz am 14./15. 10. 1967 in Frankfurt a.M., in: StAAHH, 136–3, 455, Bl. 434051–434057; zur 2. DK vgl. Barth, Revolutionierung 48.

Mit dem Wandel der Schülerzeitungen, die nun die Scheinwelt einer harmonischen schulischen Gemeinschaft verließen, war den linken Schülergruppen ein entscheidendes Propagandamittel zugewachsen. Dies galt nicht zuletzt für die Forderungen zur „Sexualerziehung“, die das AUSS auf seinem Gründungskongreß erhoben hatte. Neben der „Einrichtung eines Sexualkundeunterrichtes an den Schulen, der sämtliche Vorgänge einschließt, von denen die Sexualität in unserer Gesellschaft bestimmt ist“, umfaßten diese auch spezielle Aufklärung über Verhütungsmittel, den „freien Zugang zu oralen Antikonzeptiva für Mädchen nach erreichter Geschlechtsreife“, den „Abbau der Diskriminierung der sexuellen Betätigung von Schülern durch die Schulautoritäten“ und die „sofortige Freiheit und Unterstützung aller Schülerarbeitskreise über Probleme der Sexualität inklusive des Rechtes auf Durchführung von Sexualumfragen und ähnlichem an der Schule selbst“³⁴. Im Hintergrund dieser Forderungen standen die zur gleichen Zeit in der Studentenbewegung diskutierten Zusammenhänge von politischer und sexueller Repression, deren Wurzeln in Familie und Schule lagen³⁵.

Dieses Thema war anfangs bewußt in den Mittelpunkt der AUSS-Propaganda gerückt worden, weil es den Schülern näher sei als allgemeinpolitische Themen wie der Krieg in Vietnam³⁶, und auch die Presseöffentlichkeit ließ sich damit am leichtesten herstellen. Schon das Echo auf die Gründung des AUSS enthielt fast immer Reizworte wie „Pille“, „Sexualkunde“ und „Verhütungsmittel“ – allerdings meist als Ausgangspunkt zur Beschreibung der Schülerorganisation als Protestzentrum nicht gegen den Zustand von Schule und Gesellschaft, sondern gegen Lehrer und Eltern³⁷. Die heftigen Reaktionen der Presse schienen die antiautoritären Theorien über den Zusammenhang von sexueller Repression und politischer Reaktion nur zu bestätigen. Schon im Februar 1967 hatte eine Umfrage der Frankfurter Schülerzeitung „Bienenkorb-Gazette“ für Furore gesorgt. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wurde berichtet: „Eine Kluft trennt den Versuch von Amateuren, das Intimleben dreizehn-, vierzehn-, fünfzehnjähriger Mädchen in einer knappen Viertelstunde erforschen zu wollen, von offener wie taktvoller Aufklärung durch eine mütterlich empfindende Lehrerin. ... Wie kann eine Direktorin, der viele Hunderte von Mädchen anvertraut sind, das gutheißen?“³⁸ Und die „Bild-Zeitung“ dramatisierte: „13jährige Mädchen mußten Sex-Fragen beantworten“³⁹. Gerade in kleineren Städten kam es wegen Artikeln über Sexualität zu Zensur und Verboten von Schülerzeitungen, Schulverweisen von Redakteuren usw.⁴⁰, und der

³⁴ Dok. u. a. in *Haug, Maessen, Was wollen die Schüler?* 36–38.

³⁵ Vgl. Arbeitsmaterial des AUSS, Nr. 3: Sexualtabu an der Schule – Zum Verhältnis von Sexualität und Politik (Ariane Wollrab, Sozialistischer Schülerbund Bonn), in: StAAH, 136–3, 455, Bl. 434032–434037.

³⁶ Reimut Reiche (SDS) in einem Interview mit *Haug, Maessen, Was wollen die Schüler?* 78 f.

³⁷ Vgl. ebd. 48 f.

³⁸ „Wünschst Du Dir Intimverkehr?“, in: FAZ vom 21. 2. 1967.

³⁹ Bild-Zeitung vom 22. 2. 1967.

⁴⁰ Vgl. *Hanjo Breddermann, Über Sexualaufklärung in der Schule. Eine Dokumentation*, in: *Amendt* (Hrsg.), *Kinderkreuzzug* 127–154; *Günter Degler, Über die Arbeit in kleinen Städten*, in: ebd. 155–198; *Haug, Maessen, Was wollen die Schüler?* 89 ff.; *Heider, Schülerprotest* 87 ff.

voraussehbare Voyeurismus von Illustrierten, die sich des Themas annahmen, verstärkte nur den Bekanntheitsgrad der Forderungen; auch der „Spiegel“ berichtete gern über Konflikte um die Sexualkunde⁴¹. Die Kritik an der linken Schülerbewegung kann in der häufig benutzten Formulierung zusammengefaßt werden, das AUSS folge dem Motto „Mit Sex fängt man Mäuse“⁴².

Die Aktivitäten der Schülerbewegung steigerten sich vom Herbst 1967 bis zum Frühjahr 1968 beträchtlich, wobei nun, der allgemeinen Entwicklung folgend, neben die innerschulischen Konfliktfelder immer stärker die allgemeinpolitischen Themen in den Vordergrund rückten. Die linke Schülerbewegung um das AUSS wurde zum selbstverständlichen Teil der Außerparlamentarischen Opposition und nahm an deren Demonstrationen teil. In Bremen ergriffen Schüler sogar die Initiative zum „Sit-in“ auf den Straßenbahnschienen, um mit diesem Mittel eine geplante Erhöhung der Fahrpreise abzuwehren; sie waren völlig überrascht über den positiven Zuspruch aus der Bevölkerung. Nachdem zunächst starke Polizeikräfte eingesetzt worden waren, „beugte sich“, wie „Der Spiegel“ formulierte, „in Bremen die Staatsgewalt dem Schülerstreik“⁴³. Nach einer demoskopischen Erhebung des EMNID-Instituts im Auftrag des gleichen Magazins begrüßten zwei Drittel der westdeutschen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren (und drei Viertel der Studierenden) die Demonstrationen der linken Gruppen⁴⁴.

2. Radikalisierung und Selbstkritik der antiautoritären Revolte

In vielen Schulen wurde im ersten Halbjahr 1968 vor allem über zwei Themen diskutiert: über den Springer-Konzern⁴⁵ und seine „Hetze“ gegen die Studentenbewegung sowie über die Notstandsgesetze. Schüler beteiligten sich in großer Zahl an den Osteraktionen, wurden dort von den SDS-Aktivist*innen z. B. gern zum Barrikadenbau eingesetzt, und im Mai 1968 wurde in mehr als 50 Städten in Schulen mit z. T. phantasievollen Formen gegen die Notstandsgesetze gestreikt. In Köln, Frankfurt oder Darmstadt fand in Oberstufenklassen generell kein Unterricht statt⁴⁶. In der „Welt“ wurde die Ausweitung der Schulrevolte mit einiger Besorg-

⁴¹ Vgl. u. a. Der Spiegel 15, 16, 18, 43 (1968), weitere Pressebeispiele in Barth, Revolutionierung 65 ff.

⁴² Vgl. die Antikritik von Stefan Aust, Sex & Politik. Die Revolution der Schüler, in: Konkret 2 (1968); rückblickend Günter Amendt, Zur sexualpolitischen Entwicklung nach der antiautoritären Schüler- und Studentenbewegung, in: Bilanz der Sexualpädagogik. Hrsg. von Hans-Jochen Gamm, Friedrich Koch (Frankfurt a.M., New York 1977) 17–38.

⁴³ Der Spiegel 5 (1968) 34; vgl. Haug, Maessen, Was wollen die Schüler? 58 ff.; Barth, Revolutionierung 78 ff.

⁴⁴ Zwei Drittel zum Protest bereit, in: Der Spiegel 8 (1968).

⁴⁵ Vgl. bereits die Resolution gegen den Springer-Konzern auf der 2. Delegiertenkonferenz des AUSS im Oktober 1967, in: StAHH, 136–3, 455, Bl. 434062.

⁴⁶ Vgl. den Aufruf des Hamburger Schülerparlaments zum „Sternmarsch“ nach Bonn, undatiert (Mai 1968), in: StAHH, Sammlung Uwe Schmidt, Politische Schülerbewegung 1968; das Verbot zur Teilnahme durch die Schulbehörde, 11. 5. 1968, in: StAHH, 361–2 VI (Ober-

nis konstatiert: „Seitdem die Studenten mit ihren Forderungen Schritt für Schritt an Boden gewinnen, ist der Funke der Unruhe auf die Gymnasien überggesprungen, ohne daß diese ‚Eskalation‘ bisher ins Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit gedrungen wäre.“⁴⁷

Obwohl sich die linke Schülerbewegung immer weiter verbreitet hatte, herrschte Katzenjammer, wurde von einer „Krise“⁴⁸ des antiautoritären Lagers gesprochen; die quantitative Erweiterung wurde sogar selbst als Zeichen der Krise und des Niedergangs gesehen. In einem internen Rückblick zur bisherigen Geschichte des Hamburger AUSS vom Oktober 1968 wurde konstatiert, dieser habe zwar bei den Osterdemonstrationen ein „massives Aktionskader“ gestellt, aber seither hätten sich „bestimmte Genossen in den Vordergrund geschoben und bestimmten autoritär das Geschehen im AUSS ...“, die Masse der Genossen ist nur Konsument, d. h. sie lassen sich von der Oligarchie zu Aktionen treiben, die sie selbst nicht begründen können. So geschah es, daß eine bestimmte Clique auf Grund ihrer funktionalen Autorität einen allgemeinen Autoritätsanspruch ableitete. Das AUSS war ein Sammelbecken vieler Schüler, die es nur als Mode empfanden, im AUSS-Zentrum zu sitzen“⁴⁹. Die Angst davor, daß der politische Kern sich in einem allgemeinen Lebensstil auflösen könne, bei dem sich linke Jugendliche zwar an Kleidung und Körpersprache erkennen würden⁵⁰, die politischen Inhalte aber verloren gingen, grassierte allgemein im AUSS. Schon in seinem Grundsatzreferat auf dem Gründungskongreß hatte Reinhard Kahl gewarnt: „Für die Industrie ist die heute zufällig größere Freiheit der Schüler nur der Ausdruck ihres ökonomischen Avancements zur selbständigen Konsumgesellschaft der Teenager. Ein Musterbeispiel dafür ist die Geschichte des Beat. Er war in seinem Beginn in Liverpool so etwas wie ein revolutionärer Protest, Anklage gegen die Gesellschaft und Entrückung von der Gesellschaft zugleich. Unsere Industrie hat es verstanden, das so musikalische wie eminent politische Phänomen Beat zu integrieren, zu entpolitisieren und zu einer Konsumsparte zu machen.“⁵¹ Insofern war es kein Zufall, daß ein Presseprodukt aus dem Verlagshaus Bärmeier & Nikel, das mit der satirischen Zeitschrift „Pardon“ einen großen Erfolg erzielt hatte, zum bevorzugten Haßobjekt der linken Schülerbewegung wurde: die Zeitschrift „underground. Das deutsche Schülermagazin“, die mit 68 Seiten auf Hochglanzpapier zum Preis von 1,80 DM und mit einer Druckauflage von 120000 Exemplaren erstmals im November 1968 erschien. Aufmacher der ersten Nummer waren eine „Zentralkartei für Lehrerverbrechen“, ein Artikel „Worüber Mädchen

schulbehörde VI), 2697; zentrales AUSS-Flugblatt zur 2. Lesung, undatiert (Mai 1968), in: *Amendt* (Hrsg.), *Kinderkreuzzug* 53 f.; Beispiele von lokalen Aktionen in *Barth*, *Revolutionierung* 84 ff.

⁴⁷ Schülerbünde bereiten Kopfzerbrechen, in: *Die Welt* vom 29. 4. 1968.

⁴⁸ *Haug, Maessen*, Was wollen die Schüler? 70.

⁴⁹ Geschichte des Hamburger AUSS, undatiert (handschriftlicher Vermerk: 25. 10. 68), in: *StAHH*, 136–3, 455, Bl. 434196–434199.

⁵⁰ Vgl. *Gerd Koenen*, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977* (Köln 2001); im folgenden zitiert: *Koenen*, *Das rote Jahrzehnt* 133.

⁵¹ Zit. Nach *Haug, Maessen*, Was wollen die Schüler? 46.

lachen. Sexwitze bei Teenagern“ und „Der goldene Schlagring. Underground präsentiert Prügelpauker“⁵². Mit einer Mischung von marktgerecht aufbereiteten Themen über den Schulalltag, Schülerprotest und vor allem „Sex mit politischem Rouge“⁵³, vermischt mit Anzeigen für Bücher aus dem eigenen Verlag, Popmusik (CBS) und Rasierapparate (Braun-Sixtant), dienten sich die Blattmacher dem AUSS an, erhielten aber eine brüske Abfuhr. „Vom Profitinteresse bestimmte ‚linke‘ Zeitschriften wie *konkret*, *underground* & co. fügen dem AUSS einen enormen Schaden zu“, befand das AUSS Frankfurt in einem Papier zur 4. Delegiertenkonferenz in Köln Anfang Januar 1969; hier werde „schichtenspezifische Konsummanipulation“ vervollkommen; zudem bestehe „die Gefahr der Korrumpierung von Genossen“, die in „underground“ gegen Geld schreiben, aber nicht mehr in den Schulen agitieren würden⁵⁴. Als der Verleger Nikel auf der Kölner Konferenz erschien, um dort für „underground“ zu werben, wurde eine Tüte Mehl über seinem Kopf ausgeleert⁵⁵. Versuche, ein Korrespondentennetz unter linken Schülern aufzubauen, schlugen angesichts des AUSS-Boykotts fehl. Das Blatt ging in Jahresfrist ein und bescherte Bärmeier & Nikel erhebliche Verluste⁵⁶.

Aber „underground“ war in der Wahrnehmung der linken Schülerbewegung nur die Spitze des Eisbergs konsumistischer Gefahren. Insgesamt verschärfte sich nun, im ersten Halbjahr 1969, der Ton, der den Angriffen gegen die „Pop-Kultur“ anhaftete. In einem ausführlichen Artikel über „Perspektiven der Hamburger Schülerbewegung“ wurde das Problem psychologisiert:

„Die heute unter den Gymnasiasten vorherrschende Pop-Kultur ist ein Versuch dieser Schüler, ihr nicht als befriedigend empfundenenes Lernen auszugleichen. Diese Spielart kann mit Recht als vorpolitisch-antiautoritär bezeichnet werden, umso mehr, als die heute schon politisierten Schüler dieser Pop-Kultur entsprungen sind. ... Indem die Schüler merken, daß eine von ihnen erwartete quasi natürliche Belohnung nicht mehr sicher ist, hören sie nicht etwa mit dem Lernen in der Schule auf, denn eine Alternative weniger mühseliger Art ist nicht sichtbar, vielmehr setzt zu diesem Zeitpunkt eine Regression von der analen Fixierung auf orale Betätigung ein. Ein Charakter entsteht ... der seine hauptsächliche Aufgabe

⁵² Zur Konzeption von „underground“ vgl. vor allem Jg. 1, Heft 1 (November 1968) und Jg. 2, Heft 1 (Januar 1969).

⁵³ Schülerzeitung, bloßes Einmaleins, in: Der Spiegel 48 (1968); kritisiert wurde „underground“ von kommunistischer (vgl. Underground, in: elan, 1–2 (1970) 74) ebenso wie von rechtsextremer Seite (underground – Das Geschäft mit dem Blutstau unter den Bänken, in: Nation Europa 1 (1969) 25–28).

⁵⁴ AUSS Frankfurt: Zur Notwendigkeit eigener Kommunikationsmedien für die Schülerbewegung (1968), dok. in Liebel, Wellendorf, Schüler selbstbefreiung 179–184, Zitate: 180 (Kursivierung im Text); vgl. im selben Tenor: Underground und die Schülerbewegung, in: APO-Press (Hamburg), Nr. 1 vom 27. 1. 1969.

⁵⁵ Das Foto von dieser Aktion in Reinhard Kahl, Schüler wollen mehr arbeiten. Die Delegiertenkonferenz des „Aktionsrates (sic!) unabhängiger und sozialistischer Schüler“ beschließt Lernkollektive, in: Konkret 3 (1969); vgl. eine Schilderung der Aktion von Barth, Revolutionierung 96, 103.

⁵⁶ „Underground“. Zwischen A und U, in: Der Spiegel 47 (1969).

darin sieht, zu konsumieren um zu konsumieren. Eine Tatsache, die von auf Jugendliche zugeschnittenen Produktionszweigen weidlich ausgenutzt wird. Dieser Jugendliche lernt in der Schule nur noch ‚um den Schein zu machen‘, d.h. das Abitur so reibungslos und bequem wie möglich, allen Widerständen ausweichend, zu erhalten, um dann die Konsumrate enorm steigen lassen zu können. Da das Elternhaus nicht mehr im Stande ist, dem Schüler Sicherheit zu bieten, ist seine Bereitschaft größer, gegen die Familie zu revoltieren. Diese Revolte wird durch die schichtenspezifischen Manipulationsmittel (BRAVO, RADIO LUXEMBURG, TWEN etc.) entpolitisiert und in die Pop-Kultur kanalisiert.“⁵⁷

Es scheint symptomatisch, daß an die Beobachtung, daß der harte Kern der linken Schülerbewegung selbst dieser Pop-Kultur entsprungen war, keine Überlegungen geknüpft wurden, wie auch künftig solche Lernprozesse organisiert werden könnten, sondern eine erbitterte Abgrenzungswut gepflegt wurde. In den Thesen des AUSS-Bundesarbeitsrates vom Sommer 1969 hieß es:

„Schlimm ist, daß sich viele von uns dem Image anzupassen beginnen, das die alte Kultur von unseren revolutionären Ansätzen und Symbolen zusammengesetzt hat und mit dem sie sich nun verjüngt. Honoriert werden heute in vielen Klassen und subkulturellen Gruppen bereits diejenigen Schüler, die am besten von uns abgeschaut haben, ohne sich von uns berühren zu lassen, diejenigen Schüler, die am glattesten die revolutionäre Fassade zur Schau stellen. Man findet sie selbst als lokale Matadore in einzelnen AUSS-Gruppen: Sie reden kritisch daher, aber nur im Deutsch-Unterricht, wo es nichts kostet; sie sind antiautoritär, aber nur, wenn es um die Verteilung von dreckiger Arbeit geht und es auf Disziplin ankommt; sie protzen mit einem lässigen und freien Sexualleben, aber vielleicht sind sie zu ihrer Freundin nicht solidarischer als im täglichen Gruppenleben ... Mit einem Wort: Sie sind die linke Variante des duften Typs ... dieser Typ vereinigt oft die Attribute auf sich, mit denen sich die zurückgebliebenen, introvertierten, gehemmten und unter größtem antiautoritärem Druck stehenden Klassenkameraden leicht identifizieren: Er ist narzißtisch, sprachgewandt, kleidet sich extravagant ... und hat eine gutaussehende Freundin. Dieser Typ, den wir selbst produziert haben, repräsentiert bereits Elemente des Klassenfeindes in Gestalt des integrativen und abgebrühten Jungmanagers.“⁵⁸

Die hier anklingende Kritik am Geschlechterverhältnis unter Jugendlichen wurde im AUSS nur selten explizit thematisiert, aber der Frauenprotest im SDS – die berühmten Tomatenwürfe – fand auch in der Schülerbewegung durchaus Anklang. „Wie wollt ihr euch befreien, wenn ihr gleichzeitig Unterdrückter seid?“, fragte ein „Emanzipationskreis der weiblichen Genossen (!)“ und befand: „Bei genauem Durchdenken dieses Komplexes sollte jedem die Notwendigkeit des Weiberrates oder Emanzipationsrates einleuchten.“⁵⁹

⁵⁷ Perspektiven der Schülerbewegung in Hamburg – 1. Teil, in: APO-Press. Hamburger Informationsdienst, Nr. 6 vom 7. 4. 1969, 1–4, Zitate: 3.

⁵⁸ Zit. nach Eick u. a., Radikalisierung- und Demokratisierungstendenzen 34.

⁵⁹ Zum Emanzipationskreis der weiblichen Genossen, in: AUSS-Info 1 (Redaktion: Theorie-kader), undatiert (Juli 1969), in: StAHH, 136–3, 455, ohne Seitenzählung.

Ein Zug von ostentativer Disziplin und Ernsthaftigkeit haftete der linken Schülerbewegung zunehmend an, auch wenn das Verhalten der „Basis“ sicherlich nicht überall den neuen theoretischen Vorgaben der Avantgarde entsprach. Immerhin gab es in den Gruppen die Tendenz, die typische Struktur der „antiautoritären“ Gründungsphase zu überwinden. Nicht mehr charismatische Führer im Kleinformat sollten die Entscheidungsprozesse vorgeben, sondern die Mitglieder durch „Schulung“ qualifiziert werden, um egalitär größere Schlagkraft zu entwickeln. Die „Organisationsfrage“ beherrschte deshalb die 4. Delegiertenkonferenz in Köln Anfang 1969. In einem Vorbereitungspapier der Unabhängigen Sozialistischen Schülergruppe (USSG) Stuttgart hieß es, die bisherige „faschistoide Praxis“ müsse durch eine „radikal andere Arbeit – kollektiv-solidarische Arbeit“ überwunden werden. Das „bestehende Informationsgefälle“, das immer wieder „Autoritäten“ produziere, sei durch eine „Lernkommune“ zu ersetzen, um die „in kollektiver wissenschaftlicher Arbeit erarbeitete Information in die Schule hineinzutragen“⁶⁰. Als entsprechende unterste organisatorische Einheit wurden demzufolge sogenannte „Lernkollektive“ propagiert, in denen sich die linken Schüler einer Klasse zusammenfinden sollten, um fachlich qualifiziert die Mitschüler überzeugen und gleichzeitig dem schulischen Druck entgegenwirken zu können. Taktische Anweisungen für „Lernkollektive“ enthielt eine Ausarbeitung des Hamburger AUSS. Erster Grundsatz sollte sein, „immer am konkreten Detail zu beginnen“; wenn im Geschichtsunterricht die Französische Revolution behandelt werde, sollten „keine großen Referate über den ‚dialektischen Prozeß‘ der Befreiung im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalismus (wahrscheinlich kann man das auch gar nicht)“ gehalten werden; es genüge vielmehr, „(...) ein oder zwei Bücher darüber einmal zu lesen. Und dann beginnt man im Unterricht genau darauf zu achten, was der Lehrer dort vorbringt. Es ist zweckmäßig, zuerst reformistisch oder radikaldemokratisch zu argumentieren, sich aber zu steigern und ständig weiterzugehen. Dies hat den Vorteil, daß man nicht ‚sozialistisch‘ von vornherein argumentieren muß ... Es ist immer nur notwendig, mit Mißtrauen den Unterricht in Frage zu stellen, sich dann Literatur zu beschaffen und mit Mitschülern das Vorgehen zu diskutieren. (Durch diese Taktik) sei es möglich, den Schülern die autoritären Strukturen erfahrbar zu machen (sinnlich), wenn der Lehrer nämlich autoritär reagiert. Die im Unterricht verbreiteten Ideologien werden zersetzt. In der aktiven Auseinandersetzung mit ihrem Vertreter (Lehrer), in der konkreten Entgegnung besteht dann die Möglichkeit, selbständige, kritische Denkprozesse zu initiieren.“⁶¹

⁶⁰ USSG Stuttgart: Zur Emanzipationsfrage, dok. in *Liebel, Wellendorf*, Schülerelbstbefreiung 162–168, Zitate: 163, 164, 165.

⁶¹ AUSS Hamburg: Materialien zur Kritik der Schule (Mai 1969) 7f., in: StAHH, Sammlung Uwe Schmidt, Politische Flugblätter und Publikationen 1968–1976 (im folgenden zitiert: AUSS Hamburg, Materialien); diese Schrift wurde als „Information über die Arbeit radikaler Schülergruppen“ von der Schulbehörde am 22. 9. 1969 an alle Schulen gesandt; StAHH, 361–2 VI, 3019.

Auf der nächst höheren Stufe fungierten Basisgruppen an den jeweiligen Schulen. Die „Basisgruppe“ war fortan das Zauberwort, eine „Massenbasis in der Schule“ zu erreichen; als Zusammenschluß der „Lernkollektive“ hatte sie die „primäre Aufgabe ..., den scheinheiligen Schulfrieden“ zu stören und „Konflikte zu organisieren“; dafür sei „jeder Zwischenfall“ auszunutzen, „faschistische Äußerungen und autoritäre Verhaltensweisen von Lehrern“ sollten veröffentlicht, „Schulveranstaltungen, die den Schulfrieden erhalten sollen (Schulfest usw.), werden umfunktioniert“⁶². Weniger feinsinnig wurde die strategische Linie auf Flugblättern ausgedrückt, die das Hamburger AUSS als Einladung für ein „teach-in zur Organisation von Basisgruppen“ verteilte. Presserechtlich verantwortet von „Martin Heidegger“ – der Name versetzte den Sachbearbeiter des Verfassungsschutzes in Verwirrung –, gipfelte das Flugblatt im Aufruf: „Die Unruhe an den Schulen muß permanent werden. Zieht die Lehrer an ihren ideologischen Schwänzen. Haut die Lehrer auf die Zinken – Alle Macht den Schülerlinken.“⁶³

Nichts schien den antiautoritären Schülern in diesem Zusammenhang gefährlicher zu sein als die „technokratische Schulreform“, die aus den verzopften Anstalten moderne und leistungsfähige „Lernfabriken“⁶⁴ im Sinne des Kapitals formen würde; waren zwei Jahre zuvor noch Versuche mit Kurssystem und Gesamtschulen gefordert worden, so wurden nun Mitbestimmungsmöglichkeiten etwa über Zensuren als „fatal“ bezeichnet: „die praktizierte Mitbestimmung in einer ‚modernen‘, ‚offenen‘, in einer Schule von morgen (reformiertes Gymnasium oder Gesamtschule) ist ein Zeichen der nicht *offen* autoritären Strukturen, sondern der *autoritären Fremdbestimmung des Unterrichts*“⁶⁵. Nicht die Mitbestimmung über Schülerleistungen, sondern die Abschaffung der Zensuren wurde nun – mit angeblich unwiderlegbaren Argumenten der psychologisch-pädagogischen Forschung – kompromißlos gefordert. Das Hamburger AUSS konstatierte: „Leistungsterror“ und „der autoritäre Unterricht fördert den Faschismus“⁶⁶.

Als Aktionsform gegen das herkömmliche, durch „Leistungsterror“ bestimmte Schulsystem wurde in vielen Städten eine „Kritische Schule“ propagiert, in der Form einer alternativen Volkshochschule, der jedoch nirgendwo eine längere Dauer beschieden war; in Hamburg wurde die „Kritische Schule“ vom Schüler-

⁶² Ebd. 7, 10; vgl. USSG Stuttgart/AUSS Mannheim: Zu Problemen der Strategie und Organisation (Dezember 1968), dok. in ebd. 168–171, Zitate: 171.

⁶³ Tragt die Unruhe in die Schulen (Februar 1969), in: StAHH 136–3, 455, Bl. 678474; in einem anderen Fall – dem Flugblatt „Die ewig gestrigen sind unter uns!“, das im März 1969 vor dem Gymnasium Johanneum verteilt wurde, hatte als presserechtlich verantwortlich ein „Karl Fakt“ unterzeichnet. Nach gründlicher Recherche meldete der Sachbearbeiter des Verfassungsschutzes: „Vermutlich ist die Person nicht existent“; StAHH 136–3, 520, Bl. 0689250.

⁶⁴ Reinhard Kahl, Michael Lukasik, Schule der Angst, in: Konkret 14 (November 1968).

⁶⁵ AUSS Hamburg, Materialien 6 (Kursivierungen als Unterstreichungen im Text).

⁶⁶ AUSS-Hamburg, Materialien 5; über entsprechende Aktionen in Heilbronn berichtete Reinhard Kahl, Lustprinzip – ja!, in: Konkret 4 (Februar 1969).

parlament und vom Politischen Arbeitskreis Schulen (PAS) getragen. In einer Broschüre, die neben dem Gründungsauftrag längere Artikel über Schulstrafen und über Zensurengebung enthielt, fand das politisch-didaktische Selbstverständnis seinen Ausdruck: „Die Kritische Schule (KS) wird im selbstorganisierten Unterricht die uns allen so überdrüssig gewordenen Lernmethoden und unsinnigen Lernziele abschaffen.“⁶⁷

Größere Anziehungskraft hatte eine direkte politische Protestaktion, die von der Hamburger APO-Press angekündigt wurde: „Das Hamburger Schülerparlament veranstaltet in Zusammenarbeit mit allen politischen Schülergruppen ... im Audimax ein teach-in über die Funktion von Zeugnissen und Zensuren. Es steht zu erwarten, daß allein zu Ostern ca. 3000 Schüler dem System des Sitzenbleibens zum Opfer fallen werden.“⁶⁸ Im Anschluß an dieses teach-in kam es zur symbolischen Verbrennung von Zeugnissen⁶⁹ und einer „spontanen“ Demonstration von einigen Hundert Schülern, die zur Schulbehörde ziehen wollten, daran aber von Polizeikräften gehindert wurden. Die „Welt“ meldete: „Ein Mädchen wurde von einem Schlagstock am Kopf getroffen, als eine Schülergruppe einen Polizeiwagen, in dem einer der Festgenommenen saß, am Abfahren hindern wollte.“⁷⁰ In einem Flugblatt des „Aktionsrates der revolutionären Schülerbewegung“ (presserechtlich verantwortlich: „Helmut Rahn“) am ehrwürdigen Johanneum, einem der traditionellen Gymnasien der Hansestadt, wurde die Infamie der Zeugnisse „entlarvt“: „Natürlich wird niemand direkt von der Schule verwiesen. Es wird nur geraten, die Schule zu verlassen; denn die Leistungen des Schülers seien schwach, er habe einen klassezersetzenden Geist, er passe sich nicht an, usw. usw.“⁷¹ In einem weiteren, nicht namentlich unterzeichneten Flugblatt dieser Gruppe wurde für den Direktor, der die Schülerbewegung unterdrücke, sogar gefordert: „Ab in den Knast!“⁷² In der APO-Press wurde daraufhin kritisiert, daß am Johanneum „in Folge der fehlenden Strategie Formen des Widerstandes praktiziert (wurden), die teilweise zeitlich falsch lagen (individueller Terror, das Bemalen des Hauses eines Lehrers) bzw. nicht von einer aufklärerischen Arbeit begleitet wurden und somit zum Ritual degenerierten (das Bemalen der Schulwände: zu Beginn politische Manifestation, zuletzt neurotische Polit-Onanie)“⁷³.

Mit einigem Mißtrauen begegnete die antiautoritäre Schülerbewegung selbst den Organisationsversuchen linker Junglehrer, die bereits auf den Universitäten politisiert worden waren. Als „Träger der die Ordnung garantierenden Autori-

⁶⁷ „Kritische Schule Hamburg“ (April 1969), in: StAHH 361–2 VI, 345.

⁶⁸ APO-Press, Nr. 3 vom 24. 4. 1969, 19.

⁶⁹ Über diese Aktionsform am Beispiel von Hamburg, Berlin und Hannover vgl. Barth, Revolutionierung 82 ff.

⁷⁰ Protest gegen Zensuren endete mit neun Festnahmen, in: Die Welt vom 7. 3. 1969.

⁷¹ Flugblatt „Zum 15. März 1969 – Zeugnisausgabe ... und wieder fliegen welche“, in: StAHH, Sammlung Uwe Schmidt, Politische Schülerbewegung 1969.

⁷² „Die zehn Lügen des Herrn Schütz“ (März 1969), in: StAHH, 136–3, 520, Bl. 0689251 f.

⁷³ Johanneum, in: APO-Press, Nr. 5 vom 24. 3. 1969, 7–9, Zitat: 8.

tät“⁷⁴ war ihre Rolle festgelegt, alles andere irritierte nur und schuf neue Aggressionen, denen Ezra Gerhardt in dem Rowohlt-Taschenbuch „Kinderkreuzzug“ Ende 1968 freien Lauf ließ:

„An die Lehrer. Mit den Lehrern meine ich natürlich nicht die üblichen Lehrer. Da gibt's nichts mehr zu reden, da macht man nur noch was. Aber da taucht plötzlich eine ganz neue Sorte auf. Sozialistisch nennen die sich. Und üben Solidarität, mit den Schülern, natürlich. Wie wir uns gefreut haben! Mit den neuen Lehrern gab's eine neue Kampagne. Die Kampagne nannte sich: „Ihr müßt verstehen ...“ Wir verstanden. Aber plötzlich durfte man's Maul nicht mehr aufmachen. „Da steckt doch der Genosse Lehrer drin!“ Und dann wurde Solidarität geübt und gemeinsam um die gefährdete Lehrerexistenz gebangt. Aber Zensuren gab's trotzdem. ... Dafür gab's mal 'nen flotten Brecht. Wenn ihr ratlos dasteht und uns fragt, was ihr überhaupt machen könnt als Lehrer, dann antworten wir: Im Unterricht nichts, bei Konflikten auch nichts. Haltet Euch da raus. Aber sonst könnt ihr sehr viel machen. Zum Beispiel: Uns eure Wohnung zur Verfügung stellen, damit wir's mal ruhig treiben können. Zum Beispiel: Einen Spionagedienst einrichten, damit wir uns auf alles schön einrichten können (Klassenbücher klauen etc.). Zum Beispiel: Euch in der Klasse für alles entschuldigen, was ihr tut, vielleicht wird dann den anderen Schülern auch mal klar, was ihr für Scheiße baut, bauen müßt. Jedenfalls von pädagogischen Experimenten haben wir genug.“⁷⁵

Linke Lehrer, die sich im Sozialistischen Lehrerbund (SLB) und in der Arbeitsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher (AjLE) der Bildungsgewerkschaft GEW sammelten, mußten sich ihre Eintrittskarte in die linke Bewegung erst durch behördliche Repressionsmaßnahmen erwerben, mit denen sie an vielen Orten konfrontiert waren⁷⁶.

Die Agitation in den Schulklassen und vor den Schultoren, darüber waren sich die antiautoritären Schüler einig, mußte in die Auseinandersetzung mit dem staatlichen System in Gestalt der Kultusministerien und Schulbehörden überführt werden. Zum Kampffeld wurden dabei häufig Konflikte um neue, nun nicht mehr SMV- sondern SV(Schülervertretung)-Erlasse, die mitunter durchaus Zugeständnisse enthielten, aber strikt zurückgewiesen wurden. In Hamburg – parallel dazu auch in Schleswig-Holstein – eskalierte die Auseinandersetzung im Frühjahr 1969. Nachdem das Hamburger Schülerparlament sich gegen einen neuen Erlass gewandt hatte, der „Mitsprache“, aber keine „Mitbestimmung“ vorsah, und die Schulbehörde daraufhin Räume entzog und Gelder sperrte, kam es zu Streiks und Demonstrationen. Nicht nur das Vokabular der zwei Jahre zuvor noch folgsamen SMV-Funktionäre klang dabei sehr radikal; die Rede war von „schärferen Mitteln des Protests“ und „kollektivem Widerstand“ gegen eine Schulbehörde, die in Allianz mit Polizei und verhetzter Elternschaft „auf alle Fälle die Schüler unter

⁷⁴ Liebel, Wellendorf, Schülerselbstbefreiung 65.

⁷⁵ Gerhardt, Über die Praxis 70f.

⁷⁶ Vgl. Der Spiegel 16 (1968), 46 (1968), 3 (1969), 42 (1969); Haug, Maessen, Was wollen die Schüler? 72ff.

Kontrolle behalten“ wollte, nachdem dies bei den Studenten nicht gelungen sei. Auch die Aktionsformen radikalisierten sich. Nach einer Kundgebung vor dem Auditorium Maximum der Universität von 1 500 Schülern waren 125 von ihnen in polizeilichen Gewahrsam genommen worden, als sie in der Innenstadt den Einkaufsbummel stören wollten⁷⁷.

3. Von der antiautoritären Revolte zum strengen Sozialismus

Die rege Beteiligung von Schülern an den Aktionen des ersten Halbjahres 1969, die in quantitativer Hinsicht wohl diejenigen des legendären Vorjahres übertraf, war Ausdruck einer „breiten ideologischen Linkswendung“ in der „jüngeren Intelligenz“ der Oberschüler und Studenten – Mitte 1969 veröffentlichte Umfragen besagten, daß von dieser 30 Prozent mit dem Marxismus oder Kommunismus sympathisierte⁷⁸. Mag es heute bisweilen so erscheinen, als habe in jenem Jahr eine plötzliche Wendung von antiautoritärer Theorie und Praxis zu dogmatischem Sektierertum, kostümiert mit den Symbolen der historischen Arbeiterbewegung, stattgefunden, so empfanden es zumindest die Anhänger der linken Schülerbewegung anders. Von Anfang an war dort gefordert worden, ein Fortschreiten von antiautoritärem zu sozialistischem Bewußtsein zu organisieren; eine libertäre Kritik des Marxismus war kaum anzutreffen gewesen, sondern dessen Radikalität schien in der Konsequenz eigener Lernprozesse zu liegen. 1968 standen sich dabei innerhalb des AUSS zwei Strategien gegenüber. Die sogenannte „Eckernförder Konzeption“, benannt nach dem Produktionsort für das Buch „Kinderkreuzzug“, sah eine allmähliche Transformation der antiautoritären in eine sozialistische Schülerbewegung vor, während eine Berliner Gruppe um die Zeitschrift „Neuer Roter Turm“ Anschluß an die trotzkistische Bewegung suchte⁷⁹. Die besonders heftigen Auseinandersetzungen an Kieler Schulen gegen autoritäre Lehrer im Sommer 1968, die mit etlichen Schulverweisen und Disziplinarstrafen endeten, woraufhin Schüler sogar in den Hungerstreik traten, wurden ausführlich im Zentralorgan der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) gewürdigt⁸⁰.

⁷⁷ Zitate aus zwei Flugblättern des Hamburger Schülerparlaments, überschrieben „Schüler und Schülerinnen“, die Anfang und Mitte Mai 1969 verteilt wurden, in: StAHH, 361–2 VI, 345; in dieser Akte befindet sich umfangreiches Material zu diesem Konflikt; vgl. auch „Der Konflikt zwischen Schülerparlament und Schulbehörde oder Die autoritäre Politik der Schulbehörde“ (eine 16seitige Broschüre des Hamburger Schülerparlaments, April 1969), in: StAHH, Sammlung Uwe Schmidt, Politische Schülerbewegung 1969.

⁷⁸ Koenen, Das rote Jahrzehnt 184.

⁷⁹ Vgl. dazu die beiden konträren Artikel von *Ilan Reisin*, Über die Eigenständigkeit der Schülerbewegung, in: *Amendt* (Hrsg.), Kinderkreuzzug 70–89; *Peter Brandt*, Über die Bedeutung einer sozialistischen Schülerorganisation – Für eine revolutionäre Organisation der Jugend, in: ebd. 90–128.

⁸⁰ *Gabriele Dolezahl*, Wie schießt man einen Pauker ab?, in: was tun 1 (1968), Nr. 3 (August/September) 7; AUSS-Basisgruppe Kieler Gelehrtenschule, Vorfälle an der Kieler Gelehrten-

Neben die Betrachtung der Schule als autoritärer Institution trat 1968/69 zunehmend deren Charakterisierung als „Klassenschule“⁸¹, und es ging nun auch für Schüler um die Entwicklung von „Klassenbewußtsein“⁸². Das Hamburger AUSS sprach im August 1969 von „dialektischer Negation der anarchistisch-antiautoritären Phase“ und davon, daß man „nur über verbindliche Arbeit (den) Kampf gegen das kapitalistische System bestehen könne“⁸³; während man aber zu diesem Zeitpunkt auch noch über eine „Autoritätskampagne“ und über eine „Leistungskampagne“ nachdachte, war schon ein halbes Jahr später von solchen Dingen nicht mehr die Rede, wurde im Gegenteil die Leistungsschraube in der Organisation selbst angezogen. In ernstem Ton hieß es: „Es muß nochmals darauf hingewiesen werden, daß das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus-Leninismus, natürlich Priorität genießt.“⁸⁴ Einem strengen Verdikt verfiel nun auch ein zentrales Thema der linken Schülerbewegung: die Sexualaufklärung. In einem Artikel des Hamburger AUSS über „Unsere alten Fehler und unsere neue korrekte Linie“ wurde der Bergedorfer Gruppe, die eine „Sexualkampagne“ gestartet hatte, attestiert, sie befinde sich „noch weitgehend in den archaischen Gründen antiautoritären Wohlbefindens“; die Geschichte des AUSS wurde dabei in düsteren Farben des Verfalls geschildert: „Die 350 Gruppen des AUSS sind meistens durch Sexualkampagnen gegründet worden? Wenn heute die Hälfte dieser Gruppen besucht wird, ist die erste Frage immer: Habt ihr Hasch dabei? – Anstatt des erhofften Aufstiegs zu gesellschaftlichen Erkenntnissen also der Abstieg in die individuelle Schlamperei. ... Und genau das ist der Punkt bei der Sexualkampagne: die Ansprecher sexueller Nöte führt genau zum Verharren in diesen Problemen, bringt den Einzelnen und die Organisation in keinerlei Weise weiter.“⁸⁵ Es wundert nicht, daß nun sogar „Der Spiegel“ dafür kritisiert wurde, die Droge Haschisch – dessen Konsum 1967/68 zum Lebensstil vieler politisch engagierter Schüler gehört hatte –, zu verharmlosen, um „politische Gruppen“ zu „zersetzen“⁸⁶.

Über Nacht wurde aus manchem langhaarigen Schülerrebell nun ein „ordentlich“ aussehender und mit revolutionärer Strenge argumentierender Revolutionär, der den „Kampf im Nebenwiderspruch Schule gegen das Kapital“ und zur „Ver-

schule, in: ebd. Nr. 4 (Oktober 1968) 6 f.; vgl. auch *Wolfgang Röhl*, Alle Lehrer sind Hempelmänner. Kieler Schüler traten in den Hungerstreik, in: *Konkret* 13 (Oktober 1968) 10.

⁸¹ *Haug, Maessen*, Was wollen die Schüler? 119.

⁸² AUSS-USB-Info (Hamburg) Nr. 2 (August 1969) 9, in: StAAH, Sammlung Uwe Schmidt, Politische Flugblätter und Publikationen 1968–1976.

⁸³ Ebd. 7, 25.

⁸⁴ AUSS-Info (Hamburg), Nr. 4 (Januar 1970) 8, in: StAAH, Sammlung Uwe Schmidt, Politische Flugblätter und Publikationen 1968–1976; der überregionale Politische Arbeitskreis Oberschulen verbreitete 1970 unter dem Titel „Formen und Alternativen des Kapitalismus“ marxistisches Schulungsmaterial in einer Auflage von 5 500 Exemplaren; HIS, SB 635, Box 01, unsign.

⁸⁵ AUSS-Info (Hamburg), Nr. 4, 2.

⁸⁶ Haschu Haschisch ..., in: ebd. 16 f.

nichtung der kleinbürgerlichen Ideologie“ organisierte⁸⁷. 1970 zerfiel neben dem SDS auch das AUSS, dessen Mitglieder sich z.T. in den fraktionell zersplitterten linken Hochschulgruppen der 70er Jahre wiederfanden, während an den „technokratisch reformierten“ Schulen wieder weitgehend Ruhe einkehrte⁸⁸.

Resümee

Die Periodisierung der linken Schülerbewegung erfolgte – wie einleitend begründet – aus der Perspektive der Organisationsentwicklung, dem Dreischritt von Ausbreitung der antiautoritären Revolte, ihrer Selbstkritik und dogmatischen Überwindung in nur drei Jahren, von Anfang 1967 bis Ende 1969 –, wobei regionale und Ungleichzeitigkeiten im Stadt-Land-Gefälle nicht berücksichtigt werden konnten. Damit sollten Aspekte einer jugendlichen Gruppe deutlich werden, die im Gefolge der studentischen „68er“ „politisiert“ wurde. Wie tief und wie nachhaltig die Prägungen durch die Schülerrevolte am Ende der 60er Jahre wirkten, ist durch eine solche Betrachtung nicht zu ermitteln; erst methodisch variationsreiche gruppenbiographische Studien, die in die folgenden Jahrzehnte reichen würden, könnten einige Antworten vermitteln, aber diese wiederum wären angewiesen auf das Fortschreiten der Zeitgeschichte, welche das Niemandsland jüngster Zeit zwischen den 60er Jahren und der Gegenwart noch kaum entdeckt hat. Auch wären vielfältige weitere Quellen heranzuziehen, um „Bewußtseinsveränderungen“ an der „Basis“ nachzuvollziehen und den Zusammenhang von Jugendkultur und politischer Bewegung auszuleuchten. Was aber aus den antiautoritären Äußerungen der Schülerorganisation AUSS deutlich geworden ist, ist die moralische Ernsthaftigkeit einer Suche nach „wahrhafter“ und nicht nur „formaler“ Demokratie und die Angst vor der Anpassung an die Verhältnisse, die aus scheinbar kritischen Protagonisten, um eine bereits zitierte Stelle aus einem Artikel des Hamburger AUSS zu wiederholen, „integrative und abgebrühte Jungmanager“ formen könnten. Diese nicht unberechtigten Ängste, die sympathisch anrühren, spielten als sozialpsychologischer Hintergrund u.U. eine Rolle bei der Transformation der antiautoritären Revolte in dogmatische Gruppen linksextremer Richtungen, die dann in den 70er Jahren dominierten.

⁸⁷ „Verbessertes Referat, das auf der AUSS-MV am 15. 11. 1969 gehalten wurde: Konzeption der Schülerbewegung in Hamburg“, in: APO-Press. Informationsblatt der Studenten, Schüler und Arbeiter in Hamburg, Nr. 22/23 vom 16. 12. 1969, 20 f.

⁸⁸ Die Geschichte der politischen Fraktionierung der linken Schülerbewegung selbst entlang der allgemeinen Fraktionierung der Linken kann hier nicht entfaltet werden; vgl. überblickshaft Heider, Schülerprotest 174 ff.